

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit Vorlagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlich anerkanntes Organ verschiedener Verbände. Geschäftsleitung: Dr. Müllerstraße 6. Verlagsredaktion: Dr. Müllerstraße 6. Telefon 2465, 2467, 2655. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. - Anverlangt einzelnden Abonnenten ist stets das Adressario beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mindestens 0,45 RM. Subskriptionspreis 2,10 RM. durch Boten gesucht 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelnenpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Reflektierfeld der Adressierten. Geschäftsstellen: Dr. Müllerstraße 6. Fernruf 2465, 2467, 2655. Vertriebskonto 2310 Gehrt.

Wir wollen den Frieden der Menschheit im Innern und Äußeren Wels: Lieber tot — als Sklave!

Gegen Gewalt und Unterdrückung / Sozialistischer Aufbau tut not! / Zusammenbruch des Friedensdiktats

Auf der Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners, die zur Zeit in Berlin tagt, hielt der deutsche Sozialdemokrat Otto Wels am Freitag folgende Ansprache:

„Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stelle ich mit Stolz fest, daß die große Zahl derer, die im Reichsbanner die Organisation zum Schutze der Deutschen Republik geschaffen haben, der Sozialdemokratie angehört, der Partei, die den Frieden der Menschheit im Innern und Äußeren herbeiführen will. Das Reichsbanner hat siegreiche Kämpfe ohne Anwendung von Terror und Gewalt geschlagen. Die Gewalt tief einst das Reichsbanner ins Leben und schon sein Erscheinen genügt, um Freiheit und Staatsbürgerschaft, die die Republik dem Volke gewährt hat, zu erhalten.“

In der Zeit, die wir jetzt durchleben, hat die Gewalt wiederum ihr Haupt erhoben, die Gewalt, die niemals aufbaufähig ist.

Das Schreckliche ist es, was den Freien auszeichnet, der freie könne nur im Freien leben, so daß es uns jetzt schmerzhaft entgegen und gleichzeitig wird die Drohung ausgesprochen, daß man die andere Hälfte des Volkes blutig unterwerfen

will. Die Fahne Schwarzrotgold, die Zeichen deutscher Einheit, die von je Zeichen für Deutschlands Einheit und Freiheit waren, sollen verschwinden.“

Nach einem Zitat Wels erklärte der Redner: „In Sorgen und in Nöten wahrlich leben wir.“ In Sorgen und in Nöten innenpolitisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch.

Auf allen Gebieten regt sich die Reaktion!

Wir sehen das deutsche Volk wieder aufgerissen zur Wut und hören gleichzeitig die Drohung, daß es „das letzte Mal“ sei, da das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann.

Stärker als alle Gewalt hat stets der Geist sich erweisen. Was wieder aufzuheben will, ist der Geist der alten Zeit, der nichts zu tun hat mit dem heutigen und zukünftigen Fortschritt der Menschheit.

Das Rad der Geschichte aber läßt sich nicht rückwärts drehen!

Es geht in einer Zeit der kapitalistischen Weltkrise nicht an, daß ein Schlagwort allein genügt, um die Menschen in Wahn zu schlagen. Mit einem Schlagwort kann man die Hirne der Menschen umnebeln, aber bald wird die Zeit kommen, wo die Menschen nachprüfen, daß das Versprochen

nicht eingelöst worden ist. Der Marxismus wird als Abwehrmaßnahme, als der Grund allen Elends hingestellt. Gleichzeitig aber erfahren wir den Zusammenbruch von Hunderten von Banken im kapitalistischen Amerika.

Das Diktat von 1918 bricht zusammen.

weil es nur auf der nackten Gewalt und nicht auf dem aufgebaut war, was dem Fortschritt der Menschheit hätte dienen können. Dieses Diktat bricht in sich zusammen, weil es nur auf der Gewalt der Bolschewisten aufgebaut ist. Jetzt erhebt sich schon wieder in Europa das Gebrüll des Krieges. Wir sehen, daß Produktion und Konsumtion aller Völker den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden müssen, wenn nicht diese Welt zugrunde gehen soll.

Die Not des deutschen Volkes wird uns noch stärker zusammenstoßen. Es geht nicht an, daß alles das, was in den letzten 14 Jahren wirtschaftlich und moralisch für Deutschlands Stellung in der Welt erreicht worden ist, jetzt veralten wird. Wir wollen und werden weiter freie Menschen schaffen. In Zeiten größter Not rufen wir allen Widerachtern stolz entgegen: „Leber drauf — ins Sauer!“ Den Ausführungen von Otto Wels folgte minutenlangem begeisterten Beifall.

Um das Dach überm Kopf!

Appell an die Mieter

Die beiden großen Mieterorganisationen in Deutschland, der Reichsbund Deutscher Mieter und der Bund Deutscher Mietervereine, sind mit einem Appell an die Mieter in die Öffentlichkeit getreten. Sie fordern sie einseitig auf, bei der kommenden Reichstagswahl gegen das Kabinett Hitler-Hugenberg zu stimmen.

Der Bund Deutscher Mietervereine erinnert daran, daß die Regierung in ihrem Aufruf, der in ganz Deutschland auf Reichsboten veröffentlicht wurde, gesagt hat, daß sie es „als ihre oberste und erste Aufgabe ansehe, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutze zu nehmen“. Wer wird diese

Reichsbannerführung

Die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners wählte am Freitag zum 1. Bundesführer Höltermann einstimmig wieder. Ebenfalls einstimmig wurde Hoffmann-Ghemnitz zum 2. Bundesführer gewählt.

Als Beisitzer wurden gewählt: Dr. Wärensprung - Magdeburg, Dr. Braun-Magdeburg, Junke-Mittelschleien, P. Gerlach-Düsseldorf, Richard Hansen-Kiel, Haufe-Dresden, Dr. Pfeifferstein-Mannheim, Kellermann-Berlin, Hans Bau-Gannover, Semmer-Berlin, W. Schmecke-Bremen, W. K. Nitz, Frankfurt a. M., Arthur Reichardt-Berlin, Reich-Brandt, G. Pfeiffer-Berlin, Dr. Schreiber-Berlin, Seelke-Weimar, Steffing-Berlin, Steinfeld-Hamburg.

Abticht nicht loben und eine solche Forderung nicht unterstützen? Aber wie steht es in der Praxis aus? Für die Landwirtschaft hat die gegenwärtige Regierung den Vollstreckungsschub erweitert.

Wie aber steht es mit den Millionen von Arbeitlosen und ihren Witwen mit dem besten Willen nicht mehr zahlen können? Hier sollen am 1. April entscheidende Maßnahmen durchgeführt werden, die zu guter Letzt bedeuten, daß solche Mieter schonungslos auf die Straße gesetzt werden können. Wenn man der Landwirtschaft den Vollstreckungsschub gibt, dann muß dieser Vollstreckungsschub auch den Mietern gewährt werden. Tut man das nicht, dann herbeibringt man die Bevölkerung nach vertriebenen Grundbesitzern.

Der Bund Deutscher Mietervereine stellt für die Wohnungs- und Siedlungsfrage folgende Forderungen auf:

- 1. ein soziales Mietrecht zum Schutze aller Wohn- und Gewerbetreibender vor Ausbeutung und Mietssteigerung nach dem Entwurfe des Bundes;
- 2. einen Vollstreckungsschub für die aus Mangel der Wirtschaftskrisis in Not geratenen Mieter;
- 3. eine wirksame Senkung der Mieten für alle Wohn- und Gewerbetriebe zur De-

„Nach Hitler kommen wir!“

Höltermann: Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit!

Die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu der Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen sind, wurde am Freitag in Berlin durch den Bundesführer Karl Höltermann eröffnet. Höltermann gedachte in seiner Eröffnungsansprache vor allem der Taten des Reichsbanners und begrüßte dann die zahlreich erschienenen Gäste.

In seinem Hauptreferat führte Höltermann u. a. aus: Das Dritte Reich ist unglücklich ausgebrochen. Ich glaube, daß die ersten Enttäuschungen auch bei den Nationalsozialisten schon da sind. Es trifft auf unsere heutige Zeit das Wort Fontanes zu: „Große Zeiten werden immer die genannt, in denen alles schief geht.“ Adolf Hitler verbreitet die Mär, es sei in vierzehn Jahren nichts geschehen. Ist es nicht

schon nichts, daß das Rheinland befreit wurde und daß man in der Frage der Reparationen ein großes Bild vorangekommen ist? Vor einem Jahr hat das Reichsbanner in seinem Wollen zum inneren Frieden alles getan, was möglich war. Wir wollen keine Panikstimmung aufkommen lassen, aber an unserer Entscheidung ist schon man auch keinen Zweifel haben.

Nicht nur die Polizei ist die Staatsmacht, auch die Wehrmacht spielt eine große Rolle, und die Reichswehr trägt noch immer das selbige graue Kleid und nicht den braunen Rock. Es ist falsch, die Reichswehr in Danks und Bogen als schuldlos zu erklären. Einmal muß das Problem der Wehrmacht gelöst werden, und dann wollen wir dabei sein. Die Regierung Hitler spricht sehr wenig von den Militärplänen, die Greener und Schleicher stark beschäftigten.

So wie sie ist, kann die Reichswehr nicht bleiben, sie muß zu einem wirtschaftlichen Instrument des deutschen Volkes ausgebaut werden. Wir wollen ein Volkstheater, deshalb heißt unsere Parole: Her mit der Miliz!

Höltermann schloß mit den Sätzen: Richten wir uns darauf ein, die Staatsmacht der Republik zu schaffen, denn nach Hitler kommen wir! Wir wollen die Staatsmacht! Deshalb gibt es jetzt für uns nur die allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit. Es muß moralisches Geheiß für jeden Arbeiter im wehrfähigen Alter sein, tatkräftig im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mitzuarbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Am Freitagnachmittag beschloß sich die Bundesgeneralversammlung vor allem mit organisatorischen Fragen.

Nachwächter für die Papen-Reaktion?

Am 4. September 1932 marschierte der Stahlhelm auf dem Tempelhofer Feld in Berlin auf. Der nationalsozialistische „Angriff“ widmete ihm in Nr. 175 vom 3. September bündelnde Begrüßungsworte. Er begann mit der Frage: „Etabliert marschieren wir? Nachwächter für die Papenreaktion?“ Dann ging es weiter:

„Während Hindenburg den Versammlungen fernbleibt, haben schon gestern zahlreiche Hunderttausende aus Regierungskreisen die Versammlung im Sportplatz mit ihrer Anwesenheit beehrt, und morgen auf dem Tempelhofer Feld

wird die Reichsregierung offiziell vertreten sein. Man rechnet mit der Anwesenheit Papens und Goyls sowie derjenigen anderen Minister, die sich von ihren Dienstgeschäften freimachen können. Die Stahlhelmer aus dem Arbeiter- und Bauernstande werden alle das merkwürdige Vergnügen haben, auch vor demjenigen Papen paraderen zu können, die ihnen durch ihre Notverordnung vielfach das Rechte genommen haben.“

Herrn Selbte persönlich wurden die folgenden Worte gemeldet: „Unter dem Beifall gäblich ersehener höherer Beamten der Papen-Regierung

betannte sich Selbte für den gegenwärtigen politischen Kurs des Herren-Helms...“ Man sieht wieder einmal Schüller an Schüller mit Herrn Hugenberg hinter der Regierung Papen mit ihrem reaktionären Kurs und ihren Rotverordnungen.“

Seine bilden nicht nur die Stahlhelmer, heute bilden auch die nationalsozialistische SW die „Nachwächter der Reaktion“, heute sieht man gemeinsam hinter Herrn Hugenberg und Herrn von Papen und den Rotverordnungen, die seit dem Regierungsantritt Hitlers nicht aufgehoben worden sind.

1. die Bekämpfung des derzeitigen Mißverhältnisses zwischen Einkommen und Mietzins;
2. ein auf weite Sicht abgestelltes Programm für Wohnungsbau und Siedlung und Berücksichtigung der zur Durchführung erforderlichen öffentlichen Mittel, in erster Linie auf der Haussteuer als gleichzeitige wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
3. ein Bodenreformgesetz, welches die für bürgerl. und für Wohnungsbau und Siedlung jederseits billiger Boden zur Verfügung stellt und das deutsche Volk darauf vor Ausbeutung durch die Bodenpekulation schützt;
4. ein Belohnungsgesetz, das der deutschen Grund- und Boden vor neuer Klüftung bewahrt und insbesondere verbietet, daß das Spekulant in den erwerbenden Mißhausbesitz übertritt und damit den konfliktuellen Aufbau der deutschen Wirtschaft entgegen wirkt;
5. eine allgemeine Zinsenkung.

folgendes fest: „Die Haus der deutschen Mieterkasseln ist trottslos. Das Wohnungsmangelgesetz vom 1. April 1933 und das Mietschutzgesetz ist nicht abgeändert, durchlöcher und verfehlt, das von Mieterkasseln im eigentlichen Sinne des Wortes eine Rebe mehr sein kann. Aus diese beide Befehle sollen am 1. April 1933 ablaufen, wenn sie zu diesem Zeitpunkt die Mieterkasselnbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Sinne der Aufkündigung ausgesetzt sind.“

Es kann aber wohl kein Zweifel darüber sein, daß die jetzige Reichsregierung die von der Mieterkasseln geforderte soziale Miet- und Wohnrecht in der Mietschutzgesetzgebung nicht, und es besteht die Gefahr, daß die Forderung der Haus- und Grundbesitzer nach Aufhebung der gesamten Mieterkasselnbestimmungen Rechnung getragen wird und daß die Mieterkasselnbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs wieder unverändert in Kraft gesetzt werden. Das aber ist die Rückseite des freibewilligten Mietschutzgesetzes der Haus- und Grundbesitzer, die vollständige Entziehung der Mieterkasseln!

Der Wohnungsneubau ist nahezu restlos eingestellt und Wohnungsnot und Wohnungseld werden dadurch die Bewegung erfahren. Bei jeder Bewegung sich die Mieterkasseln fragen: Was haben wir von dem Kabinett der „nationalen Konzentration“ zu erwarten? Die Haus- und Grundbesitzer stehen unter dem Kabinett der nationalen Konzentration aus daraus ist mit aller Eindeutigkeit zu schließen, daß die Mieterkasseln von diesem Kabinett nicht zu erwarten hat. Damit ist die Entscheidung der Mieterkasseln für die Reichsagewahl am 5. März gegeben. Wir können nicht anders tun, als dem Kabinett der nationalen Konzentration — das kein Kabinett der nationalen Konzentration ist — den allerhöchsten Kampf anzulegen und durch die richtige Stimmung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß das Volk dieses Kabinett der kapitalistischen Reaktion nicht will!“

Die Mieter stehen am 5. März vor einem Entscheidungspunkt. Dieser Entscheidungspunkt kann nur für die Mieter gewonnen werden, wenn geschlossen für die Sozialdemokratie (Seite 2, eingetretet wird)

Arbeitslose in Ostpreußen

Auch hier ohne „Marsch“

In Stallen ist noch amtlicher Mitteilung die Zahl der Arbeitslosen bis zum 31. Januar auf 128 470 geblieben. Einen Monat früher, am 31. Dezember, betrug sie nach amtlicher Angabe 129 654.

Sine Vertrauen der Arbeiter ...

Einer geht — Millionen bleiben

Der Regierungspräsident in Düsseldorf, Bergmann, der bisher der Sozialdemokratischen Partei angehört, dem von dem kommissarischen preussischen Innenminister Göring aber trotzdem das „volle Vertrauen“ bescheinigt wurde, hat der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Er hat seinen Austritt mit der Begründung erklärt, daß er einseitig, sich durch die Tatsache seiner weiteren Tätigkeit als Regierungspräsident mit dem Vertrauen des Ministers Göring außerhalb der Partei gestellt zu haben.

Das nennt man nationale Aufklärung!

Das wahre Deutschland muß am 5. März antworten!

Verbrechen in Schlesien

Eigener Bericht

Wreslau, 17. Februar.

Aus den mittelschlesischen Kreisen werden zwei neue nationalsozialistische Gewalttaten gemeldet.

In Oels stürmte eine Horde von etwa dreißig Nazis aus dem Brauhaus in den Vorkraum des Volkshauses, in dem sich acht sozialistische Arbeiter befanden. Die Arbeiter wurden mit Gummiknüppeln, Schlegeln und Schulterringen mißhandelt und auf das gemeinte Mißhandelt. Unmittelbar nach dem Überfall nahmen die Hakenkreuzler mit ihren Knüppeln und Eisen an einer Beerdigung teil.

Zehn Arbeiter, die den Vorkraum auf der Volkshaus tretraten, wurde von einem Beamten erklärt: „Ihr habt noch nicht genug bekommen. Ihr könnt noch mehr Schläge haben müssen!“

Fensterzertrümmerer gefaßt

In der Nacht zum Freitag wurden in Oelsen die Fenster eines Hauses der sozialdemokratischen „Vorkraum“ Volkshaus durch Pfeilschüsse zertrümmert. Als Täter wurde ein 27jähriger Techniker namens Werner Heberg, ein Nationalsozialist aus Lüdingen, ermittelt und gefaßt. Die Waffe wurde beschlagnahmt. Heberg ist geständig. Einen früheren Anschlag auf das sozialdemokratische Volkshausgebäude betrafte er.

In Worms und dem Borort Weiskirchen wurden in den letzten Nächten die Fenster jüdischer Geschäfte zerstört. Alle zwei Stunden wurde von einem Einbrecher in die Schlafzimmern unternommen. Die Täter sind bisher nicht ermittelt worden.

wurde Marschall in einen Hinterraum des Hotels gedrängt. Auf einen Pfiff gingen sich die SA-Leute zurück und suchten das Weite.

werden. Angeblich steht das Reichsarbeitsministerium dem Verlangen, die Gehälter vollständig aufzuheben, mit großen Bedenken gegenüber. Sie habe sich verwaltungstechnisch außerordentlich schwierig. Eine Aufhebung würde die Verwaltungskosten steigern und vermehrte Reg- und Arzneikosten nach sich ziehen. Es bestrehe sogar die Gefahr einer Erhöhung der Beiträge. Das Kabinett hat sich infolgedessen entschieden mit dem Beschluß begnügt, Unterlagen für die Auswirkungen zu beschaffen.

Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die von allen Arbeitnehmern als unerträglich empfundenen und mit lebensschmerzlicher Empörung empfänglichen Eingriffe der vorjährigen Juni-Rotverordnung an den Unterstützungen und Renten in nennenswertem Maße abgeändert werden. Diese Rotverordnung hat damals nicht nur durch die ungerechte Arbeitslosenabgabe, durch die Erhöhung der Beiträge und die Entziehung der Sozialrente den wertschöpfenden Schichten ein neues Opfer von 500 Millionen Mark auferlegt. Sie hat ihnen auch durch eine allgemeine Kürzung der Unterstützungen der Arbeitslosen, der Invaliden, der Angehörigen, und der Knappschaftsrenten 900 Millionen Mark jährlich genommen.

Die Getreidepolitik

Gefahr einer Mehl- und Brotpreissteigerung

Die Reichsregierung hat sich darauf beschränkt, über ihre neuen Maßnahmen auf dem Getreidemarkt durch die von einer Steigerung der Getreide- und Futtermittelpreise erzielte billige allgemeine Ausgaben zu verhindern. Die Einzelheiten sind noch unklar. Die Reichsregierung will sie jedoch mitteilen. Die geplanten Maßnahmen werden sich im wesentlichen auf eine Förderung des Getreideexports und auf Verbilligung von Roggen und Weizen an Schweden und Dänemark.

Stillhaltung abgeschlossen

Verhandlungen wie vor der Hitler-Regierung

Die am Freitag abgeschlossenen Stillhaltungsverhandlungen betreffen 4 Milliarden Mark fünfjährige Schulden an das Ausland, deren Fälligkeit die Ende Februar 1934 verfallen wird. Die Stillhaltung bestand aus in diesen Stillhaltungsverhandlungen auf eine Zinsenkung. Die Schuldner Deutschlands verlangten hingegen eine Stillhaltung in Höhe von 10 Proz.

Man hat einen Kompromiß in der Art gefunden, daß der Zinssatz um durchschnittlich 1/2 Proz. verringert wird. Damit liegen die Sätze, die Deutschland für die Stillhaltungen zu zahlen hat, wesentlich unter den Sätzen, die die ausländischen Gläubiger Deutschlands in ihren eigenen Ländern zu zahlen haben.

Gewalttätigkeit in Freiberg

In Freiberg (Sachsen) wurde eine Wahlkundgebung der Eisernen Front von der aus der ganzen Gegend mobilisierten SA und SS eingeprengt. In der von mehr als tausend Menschen besetzten Versammlung bedrohten sich etwa 250 SA-Leute in Zivil. Raum hatte der Redner das Wort genommen, als der Tumult der Nazis begann. Ein Freiburger liest, daß die Polizei die Kundgebung aufhob. Das mit hatte die SA ihr Ziel erreicht.

Die Versammlungsprengung ist planmäßig vorbereitet worden. Das ergibt sich u. a. aus einem der Eisernen Front in die Hände gefallenen Alarmbefehl der nationalsozialistischen Freistellung. Die SA und SS, was darin aufgeführt, sich eine Stunde vor Beginn der Versammlung in Zivil einzufinden, ohne Abzeichen, aber mit Knüppeln, Verbandszeug und Schulterringen. Der sächsische Innenminister Richter, der von diesem Befehl sofort verständigt wurde, mußte die sächsischen Behörden an, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Kundgebung der Eisernen Front durchgeführt werden könne. Trotzdem war der Polizei wenig ungenügend und nicht in der Lage, den braunen Horden wirksam entgegenzutreten.

Keine Aufhebung der Papenverordnungen Gemilderte Härten?

Was die Nazis versprochen haben — und was sie halten

Vor Tagen schon hat die Reichsregierung anhängigen lassen, daß sie durch eine neue Rotverordnung die Bezüge der Kleinrentner, der Sozialrenter, der Kriegsbekämpften usw. verbessern wolle. Am Donnerstag hat das Kabinett darüber Beschluß gefaßt. Die Veröffentlichung der Verordnung soll am Sonnabend erfolgen.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Inhalt dieser Rotverordnung eine sehr große Enttäuschung hervorzurufen wird. Nach den bisher darüber bekanntgewordenen Mitteilungen bleiben die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen außerordentlich weit hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurück.

Es sind nicht mehr über 100 Millionen, die zur Verbesserung der Lage der notleidenden Schichten unseres Volkes zur Verfügung gestellt werden, sondern lediglich 24 Millionen für ein ganzes Jahr. Auch der Rentenkreis, für den diese Verbesserungen gedacht sind, ist wesentlich kleiner, als man ursprünglich ankündigte. Für die Arbeitslosen soll überhaupt nichts geändert werden, für die Sozialrentner bleiben die Rentenrücklagen aus der Rentenverordnung von Papen ebenfalls unberührt bestehen. Auch die Kleinrentner sollen künftig nicht mehr als bisher erhalten.

Reine Aufhebung der Papenverordnungen Gemilderte Härten?

Was die Nazis versprochen haben — und was sie halten

Vor Tagen schon hat die Reichsregierung anhängigen lassen, daß sie durch eine neue Rotverordnung die Bezüge der Kleinrentner, der Sozialrenter, der Kriegsbekämpften usw. verbessern wolle. Am Donnerstag hat das Kabinett darüber Beschluß gefaßt. Die Veröffentlichung der Verordnung soll am Sonnabend erfolgen.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Inhalt dieser Rotverordnung eine sehr große Enttäuschung hervorzurufen wird. Nach den bisher darüber bekanntgewordenen Mitteilungen bleiben die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen außerordentlich weit hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurück.

Es sind nicht mehr über 100 Millionen, die zur Verbesserung der Lage der notleidenden Schichten unseres Volkes zur Verfügung gestellt werden, sondern lediglich 24 Millionen für ein ganzes Jahr. Auch der Rentenkreis, für den diese Verbesserungen gedacht sind, ist wesentlich kleiner, als man ursprünglich ankündigte. Für die Arbeitslosen soll überhaupt nichts geändert werden, für die Sozialrentner bleiben die Rentenrücklagen aus der Rentenverordnung von Papen ebenfalls unberührt bestehen. Auch die Kleinrentner sollen künftig nicht mehr als bisher erhalten.

Senkung des Reichsbankdiskonts

Eine notwendige Maßnahme

Allen Anleihen nach wird man den Abschluß der Stillhaltungsverhandlungen in Berlin zum Anlaß nehmen, den Reichsbankdiskont um 1/2 Proz. zu senken. Der Wirtschaft wird damit die erfindliche Anreize billigeren Geldes gegeben, der leider in der Unfähigkeit und der Ungewißheit, die alle Wirtschaftskreise beherrscht, harte Hemmungen gegenübersteht. Bei der Senkung des Reichsbankdiskonts dürfte wohl Mitte nächster Woche zu rechnen sein.

Rationale Wegelagerer

Am Donnerstagsabend gegen 22.30 Uhr wurde der Redakteur der „Vorkraum“, Volkshaus, Marktstraße, als er sich auf einem Dienstweg befand, von etwa zehn SA-Leuten umringelt und aus einer Entfernung von etwa 15 Metern unter Feuer genommen. Der Überlebende warf sich zu Boden, so daß er dem Tode entging. Als die SA-Leute fliehen wollten, gab Marktstraße auf sie einen Schuß ab. Marktstraße begab sich dann in das bekannte Hotel „Drei Berge“, in das ihm ein Trupp von etwa 25 SA-Leuten folgte. Drei Tische und Stühle durcheinanderwarf, die einseitigen Gäste zurücktrieb und wieder auf Marktstraße einbrach. Es entstand ein großer Tumult, als der Standartenführer Schwemmen mit einer Armeepolize die Gäste und den inzwischen herbeigekommenen Gefängnisführer der „Vorkraum“ bedrohte. Drei herbeigekommene Polizeibeamte vermochten gegen die nationalsozialistische Übermacht nichts auszurichten. Schließlich

Die einzige Gruppe, für die die neue Rotverordnung Verbesserungen bringen soll, ist die Gruppe der Kriegsbekämpften. Aber auch sie würden sich falschen Hoffnungen hingeben, wenn sie glauben wollten, daß jedem von ihnen wenigstens ein Teil der Kürzung seiner Rente zurückgegeben würde.

Das ist in keiner Weise der Fall. Dazu ist der Betrag von 24 Millionen jährlich viel zu gering. Bedenklich ist deshalb auch nur eine Veränderung von Härten, die sich schon seit vielen Monaten als notwendig und auf dem Wege undurchführbar herausgestellt hatten. So soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten von 14 auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Vor der Papen'schen Rotverordnung wurde sie bis zum 18. Lebensjahr gewährt. Die wichtigste Änderung besteht auch in der Fülle, in denen Neben der Kriegrente auch noch ein Anspruch auf Sozialrente bestand. Durch eine frühere Rotverordnung war bestimmt worden, daß die Sozialrente in voller Höhe auf die Kriegrenten angezählt werden.

Die vollständige preisgegebene Freistellung der Krankenkassenzugänge wird durch die neue Rotverordnung nicht durchgeführt

Die einzige Gruppe, für die die neue Rotverordnung Verbesserungen bringen soll, ist die Gruppe der Kriegsbekämpften. Aber auch sie würden sich falschen Hoffnungen hingeben, wenn sie glauben wollten, daß jedem von ihnen wenigstens ein Teil der Kürzung seiner Rente zurückgegeben würde.

Das ist in keiner Weise der Fall. Dazu ist der Betrag von 24 Millionen jährlich viel zu gering. Bedenklich ist deshalb auch nur eine Veränderung von Härten, die sich schon seit vielen Monaten als notwendig und auf dem Wege undurchführbar herausgestellt hatten. So soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten von 14 auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Vor der Papen'schen Rotverordnung wurde sie bis zum 18. Lebensjahr gewährt. Die wichtigste Änderung besteht auch in der Fülle, in denen Neben der Kriegrente auch noch ein Anspruch auf Sozialrente bestand. Durch eine frühere Rotverordnung war bestimmt worden, daß die Sozialrente in voller Höhe auf die Kriegrenten angezählt werden.

Die vollständige preisgegebene Freistellung der Krankenkassenzugänge wird durch die neue Rotverordnung nicht durchgeführt

Die einzige Gruppe, für die die neue Rotverordnung Verbesserungen bringen soll, ist die Gruppe der Kriegsbekämpften. Aber auch sie würden sich falschen Hoffnungen hingeben, wenn sie glauben wollten, daß jedem von ihnen wenigstens ein Teil der Kürzung seiner Rente zurückgegeben würde.

Das ist in keiner Weise der Fall. Dazu ist der Betrag von 24 Millionen jährlich viel zu gering. Bedenklich ist deshalb auch nur eine Veränderung von Härten, die sich schon seit vielen Monaten als notwendig und auf dem Wege undurchführbar herausgestellt hatten. So soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten von 14 auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Vor der Papen'schen Rotverordnung wurde sie bis zum 18. Lebensjahr gewährt. Die wichtigste Änderung besteht auch in der Fülle, in denen Neben der Kriegrente auch noch ein Anspruch auf Sozialrente bestand. Durch eine frühere Rotverordnung war bestimmt worden, daß die Sozialrente in voller Höhe auf die Kriegrenten angezählt werden.

Die vollständige preisgegebene Freistellung der Krankenkassenzugänge wird durch die neue Rotverordnung nicht durchgeführt

Die Futterkrippe

In der heutigen „Germania“, dem Berliner Zentralsorgan, lesen wir unter der Überschrift: „Die Futterkrippe“ u. a. folgendes:

„In der emblemen Liste der Schlagmorte, mit denen die Januar-Parteien in ihrer Oppositionszeit die Agitation bestreiten, war eine der Bekämpfung der sogenannten Parteibüchereien und der Futterkrippe. Sie sind mit diesen Schlagworten über das Land gezogen und verdrängt überall, daß nach ihrer Durchsetzung herrliche Zeiten für das Gesamtvolk in Aussicht zu stehen seien. Auch ganz unpolitisch, rein sachlich-fachlichen Gesichtspunkten sollten in dieser herrlichen Zeit Beamten ernennungen vollzogen werden. Die drei Wochen in denen wir diese das Januar-Zeiten genießen konnten, haben allerdings ausgereicht, um der deutschen Beamtenschaft die Augen zu öffnen und ihr zu zeigen, wach trauer Widerspruch zwischen den frühesten Oppositionsreden und den heutigen Regierungsreden besteht. Bedenke alle Berufsbeamte wurden aus dem Staatsdienst gestrichen, weshalb deshalb, weil für Männer Platz gemacht werden mußte, die zu einem großen Teil keineswegs für eine entsprechende fachliche Vorbildung versehen, dafür aber den Bezug haben, das berufsnationale oder nationalsozialistische Parteibüchereien zu besitzen.“

Auch die der Schwerindustrie nachstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt den

Rationalsozialisten gestern ebenfalls, wie unendlich sie in der Personalpolitik haften. Sie wendet sich dagegen, daß beispielsweise verdiente Sozialdemokraten ein Opfer der nationalsozialistischen Absonnerlichkeit geworden sind. Es ist nicht richtig, daß es sich bei diesem Absonnerlichkeit um „Bonzes“ gehandelt habe. Bedenken oder ermede vor allem die Auswahl der Kandidaten. Mit welchen Ausnahmen seien es auch einleitend, also Berufsbeamte. Wörtlich schreibt das Blatt dann:

„Sollten in dem tiefsten Ardenal der preussischen Verwaltung nicht genügend Berufsbeamte vorhanden sein, die sich als politische Vertrauensmänner der neuen Regierung ebenso eignen, wie liegt in dieser Form der Stellenbesetzung nicht ein Widerspruch gegen frühere programmatische Ankündigungen gerade auch der Nationalsozialistischen Partei? Auf alle Fälle dürften die neuen Beamten gewisse Schwierigkeiten mit der Einarbeitung in die neue Verwaltungsmateriale haben und ein mehrdeutiger Ausblick auf die Zukunft wird für viele nicht zu umgehen sein.“

Zu dieser letzten Feuerkennung bemerkt die „Germania“: „Dieser Satz ist ungeschicklich, und wir sagen hinaus, daß in dieser Art das weichen her jetzt abgehenden Beamten ausgedrückte Lehrer sein könnten.“

Rationalsozialisten gestern ebenfalls, wie unendlich sie in der Personalpolitik haften. Sie wendet sich dagegen, daß beispielsweise verdiente Sozialdemokraten ein Opfer der nationalsozialistischen Absonnerlichkeit geworden sind. Es ist nicht richtig, daß es sich bei diesem Absonnerlichkeit um „Bonzes“ gehandelt habe. Bedenken oder ermede vor allem die Auswahl der Kandidaten. Mit welchen Ausnahmen seien es auch einleitend, also Berufsbeamte. Wörtlich schreibt das Blatt dann:

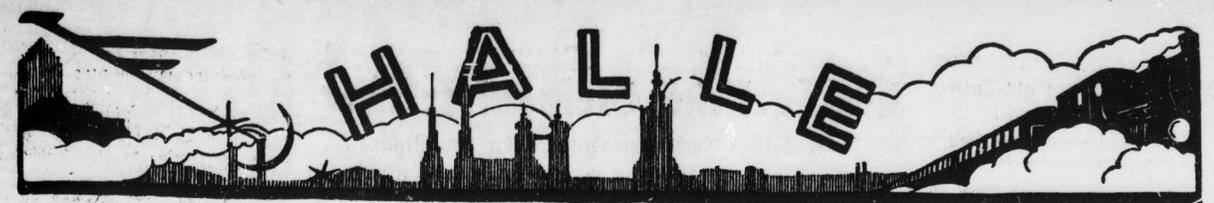
„Sollten in dem tiefsten Ardenal der preussischen Verwaltung nicht genügend Berufsbeamte vorhanden sein, die sich als politische Vertrauensmänner der neuen Regierung ebenso eignen, wie liegt in dieser Form der Stellenbesetzung nicht ein Widerspruch gegen frühere programmatische Ankündigungen gerade auch der Nationalsozialistischen Partei? Auf alle Fälle dürften die neuen Beamten gewisse Schwierigkeiten mit der Einarbeitung in die neue Verwaltungsmateriale haben und ein mehrdeutiger Ausblick auf die Zukunft wird für viele nicht zu umgehen sein.“

Zu dieser letzten Feuerkennung bemerkt die „Germania“: „Dieser Satz ist ungeschicklich, und wir sagen hinaus, daß in dieser Art das weichen her jetzt abgehenden Beamten ausgedrückte Lehrer sein könnten.“

Rationalsozialisten gestern ebenfalls, wie unendlich sie in der Personalpolitik haften. Sie wendet sich dagegen, daß beispielsweise verdiente Sozialdemokraten ein Opfer der nationalsozialistischen Absonnerlichkeit geworden sind. Es ist nicht richtig, daß es sich bei diesem Absonnerlichkeit um „Bonzes“ gehandelt habe. Bedenken oder ermede vor allem die Auswahl der Kandidaten. Mit welchen Ausnahmen seien es auch einleitend, also Berufsbeamte. Wörtlich schreibt das Blatt dann:

„Sollten in dem tiefsten Ardenal der preussischen Verwaltung nicht genügend Berufsbeamte vorhanden sein, die sich als politische Vertrauensmänner der neuen Regierung ebenso eignen, wie liegt in dieser Form der Stellenbesetzung nicht ein Widerspruch gegen frühere programmatische Ankündigungen gerade auch der Nationalsozialistischen Partei? Auf alle Fälle dürften die neuen Beamten gewisse Schwierigkeiten mit der Einarbeitung in die neue Verwaltungsmateriale haben und ein mehrdeutiger Ausblick auf die Zukunft wird für viele nicht zu umgehen sein.“

Zu dieser letzten Feuerkennung bemerkt die „Germania“: „Dieser Satz ist ungeschicklich, und wir sagen hinaus, daß in dieser Art das weichen her jetzt abgehenden Beamten ausgedrückte Lehrer sein könnten.“



Morgen wird marschiert!

Entgegen allen Heberfuchen der Nazi-
presse findet morgen die angeführte De-
monstration der hallischen Ar-
beiterchaft gegen den Faschismus statt.
Die hallische Arbeiterchaft marschiert gegen
Diktatur und Unterdrückung, für Freiheit des
Proletariats. Schulter an Schulter werden
die Kämpfer der Eisernen Front durch ihre
Marschlieder zeigen, daß sie gewillt sind, ihre
Rechte zu verteidigen, daß sie gewillt sind, sich
gegen den Terror der Gegner zu verteidigen.
An ihrer Disziplin wird die Höhe von
rechtlich scheitern. An ihrer Geschlossen-
heit werden alle Forderungen scheitern.
Die Arbeiterchaft hallen nicht wie üblich,
die Kämpfer der Freiheit nicht wie üblich.
Banden in den Straßen herumtoben und An-
derswärtige unter dem Schutze der Masse
niederhauen, überfallen und mit Spaten
erschlagen.

Die Demonstration wird in aller Ruhe
verlaufen. Das ist der feste Wille der Kämp-
fer der Eisernen Front!

Der Zug bewegt sich vom „Volkspark“-
Garten ab durch die Burgstraße, Herzberg, West-
berg, Untere Straße, Markt, West-
berg, Westberg und Pallorenweg zum
Parkmarkt.

Frauenstudium und Frau

Die sozialistische Studentenschaft
veranstaltete am 17. Februar in der Bursle zur
Tulpe einen Vortrag über die Studentinnen
unter dem Thema „Frauenstudium und Frau“.
Die Referentin, Genossin Gertrud Her-
mes (Beipzig), stellte mit ihrem fräulichen Ver-
ständnis den fräulichen Kampf in den Mittel-
punkt, der sich für die Frau im Zusammen-
treffen von Beruf und Mutterchaft ergibt. An dem tra-
gischen Schicksal der Mutter Paula Wobeser-
Wobeser, die für die letzte Zeit dieses Pro-
blems, das für die letzte Zeit dieses Pro-
blems ist, ist auch für die durchgänglich
den Frau die geistige Betreuung nicht so ge-
winnen wie in diesem Sonderfall, so ergeben
sich doch für sie große innere und äußere Schwierig-
keiten, ihre berufliche Arbeit mit den häuslichen
Aufgaben, speziell der Mutterchaft, in Einklang
zu bringen. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen
Verhältnisse erschweren der Frau dies in jeder
Weise. Frau Hermes betonte, daß im Gegensatz
dazu man als Sozialist — welcher Richtung auch
immer — eine Geschlechtsordnung fordern müsse,
die diese Konflikte lindern hilft; die Verhältnisse
für sie stetig und in voller Anerkennung und Aus-
wertung der geistigen Fähigkeiten der Frau ihre
Rechte als Frau und Mutter schützt.

An der Ausrufung setzte sich, wie wesent-
lich die ausgenommene Frage den anwesenden Stu-
dentinnen war und wie wichtig gerade heute
wieder der Kampf um die Anerkennung und Ein-
beruhigung dieser Frauenarbeit gerade an der Hoch-
schule ist.

Wahlvorbereitung im Wahlkreis 11

Über 20 Wahlvorbereiter wurden eingeweiht.
Beim Kreiswahlleiter in Merse-
burg sind bis zum Schlußtermin, 16. Februar,
über 20 Wahlvorbereiter zur Reichstags- und
Landtagswahl eingeweiht worden. Nach Prüfung
der Wahlvorschläge wird der Kreiswahlausschuss am
Dienstag 20. Februar mittags zusammenkommen, um
die zugelassenen Kreiswahlvorschläge festzusetzen.

Heute, Sonnabend, den 18. Februar,
abends 6 Uhr, im August-Debel-Dein,
Gz. Märkerstraße, Fortsetzung des Kreis-Plan-
wirtschaftlich.

SPD-Metallarbeiter. Die gestern angeführte
Fraktions-Sitzung, die heute abend im Gewerkschafts-
saal stattfinden sollte, fällt aus.
Winterpark-Sonderzüge am Sonntag. Das
Reichsbahn-Betriebsamt Halle teilt mit, daß am
19. Februar im Anschluß an den Zug 108 ab
Halle 6.15 Uhr der Anschlußzug nach Et. Dresden-
berg fahren wird. Außerdem verkehrt auch der
Anschluß-Sonderzug Halle — Dörfelhof ab Halle
5.02 Uhr.

Professor Nörling verpöcht Hitlers Rundfunkrede

Was ist Marxismus?

Der Marxismus kann nicht vernichtet werden! / Arbeiter, seid einig, der Feind steht rechts!

Obwohl der Zutritt zur gestrigen Nörling-
Vortragung der drei freigewerkschaftlichen
Eigenorganisationen nur einem beschränkten
Personkreis möglich war, füllte doch die Menge
den großen „Volkspark“-Saal bis in die letzte
Ecke. Der Vortrag wurde durch den an-
gesprochenen Redner wiederum ein hoher rhetori-
scher wie inhaltlicher Genieß geübt. Erneut
kam zum Bewusstsein, daß hier ein Mensch sprach,
der nicht die hohe Phrasik verwendet, sondern
seine Gedanken aus dem Fundus eines reichen
Wissens mit klarer Ueberlegung in geistig hervor-
ragender Weise schöpft. Welch ein Un-
schick, dieser gehaltvolle Redner gegenüber den
nichtsagenden Redensarten der Nazi-Redatoren!
Schade, daß der heutige Rundfunk einem solchen
Menschen jetzt verschlossen bleibt.

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

In dem Munde eines Sozialisten bedeutet
es keinen Vorwurf, daß man einmal An-
treiber gewesen ist. Wir sind stolz darauf, daß
Friedrich Ebert ein Zettler war. Aber im
wildeinmütigen Deutschland hätte einer dem Gipfel
der Genialität erreicht haben können, wenn er
den falschen Antworten ernsthaft hätte, wäre er
nie und nimmer Reichstagskanzler geworden.

haben einen Toten unter uns, der lebendiger ist,
als mancher Lebende. Karl Marx, von dem man
noch in Zeiten redet wird, wenn von den Män-
nern des jetzigen Systems keine Zege oder Be-
schichte mehr sprechen wird. Wenn man im
übrigen Hitlers Reichspropaganda „im so-
zialistischen Gewand“ nenne, so ist das eine Ver-
unglimpfung Sozialismus, denn dessen fünf-
zigjähriges Bestehen ist ganz konkret gegeben.

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Alle die bis 1937 warten wollen,
müssen viele Reichsregierung und Adolf
Hitler wählen. Wenn sich diese Wahlberei-
ten mit Arbeit bürstet, braucht niemand bangen
zu sein vor den „51 Prozent Kapitalisten“.

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

**Wenn es keine „Rosenbergs“ gegeben
hätte, wäre dann jemals Adolf Hitler
Reichstagskanzler geworden?**

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Genügend dem holländischen Vorwurf, wir hätten
den Bauern zu schuldig, betonte der Redner,
daß vielmehr die landwirtschaftliche Genossenschaft
den heutigen Bauernstand zugrunde gerichtet hat.
Wir sind jederzeit gern bereit, Agrarpolitik zu
treiben, aber in Deutschland ist bisher immer
Agrarpolitik mit Agrarpolitik verwechselt
worden. Genau so holländisch ist auch der Vorwurf,
wir seien verantwortlich an dem Mißlingen der
Arbeitslosen. Warum gibt es denn auch im
schönsten Italien und im hoch-
entwickeltesten Amerika
dieses Arbeitslosigkeit?

Löbe antwortet Hitler

Eintritt nur gegen Karten, die bei den Funktionären der Eisernen Front und im Parteisekretariat der SPD., Halle 42-44, zu haben sind.

Nach der Kundgebung Demonstration

in der morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr im „Volkspark“ stattfindenden Kundgebung der Eisernen Front

im Parteisekretariat der SPD., Halle 42-44, zu haben sind.



Anarchie in der Stickstoffindustrie

Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft / Fehlinvestitionen / Troch Überproduktion noch Neugründungen / Arbeitnehmer und Verbraucher müssen den Schaden tragen

„Die Matrosen von Cattaro“ Aufführung im Merseburger Gewerkschafts-Kulturareal.

Auf den Inhalt des Stückes ist in einer Vorrede in unserer Zeitung bereits ausführlich eingegangen worden. Der Verfasser, der Arzt Friedrich Wolff, schmiegert ihre Vorgänge in der Nacht von Cattaro - die sich im ägyptischen Jahrzeit früher auf dem „Kontinental“ in der türkischen Flotte abspielte haben - zu einem Drama umzuformen, das jedoch nicht nur die Zeitgeschichte schildert, sondern wohl auch eine Parabel, ein Gleichnis für die Entwicklung der letzten 14 Jahre darstellen soll. In dieser Tendenz veranschlagt es sich zum Teil, wenn auch manches treffliche Wort für unsere Zeitgenossen durchaus am Platze ist. Der sonst revolutionäre Wahn des Stückes sind auch manche Äußerungen abstrus, werden müssen. Und hier legt noch die Kritik für die Darstellung ein. Etwas mehr revolutionäres Temperament hätte wirklich nicht geschadet. Ziemenswürdig war der Defizit des adreisch erlangenen Substanzs Wort.

Das Kenna-Wert spielt seit seiner Erfindung im Jahre 1916 in der mittelbessischen Wirtschaft eine große Rolle. Trotzdem die Belegschaft in der Region ebenfalls verringert wurde, blieb es in der Wirtschaft immer noch der größte Betrieb. Da nun hier im letzten Viertel die Wirtschaftsaufstellungen erfolglos, während in anderen Betrieben weitere Maßnahmen vorgenommen wurden, verlor es sich einmal das Thema zu behandeln, warum eigentlich hier eine Anarchie der Produktion möglich wurde.

Welt war im Jahre 1930 nur noch in der Lage, etwa die Hälfte des erzeugten Stickstoffes zu landen, weil schon im vergangenen Jahre eine landwirtschaftliche Überproduktion von 25 Prozent in der Welt gemeldet wurde. Deshalb legte auch hier 1930 ein Kampf der Fabrikanten um die Absatzmärkte ein. Einer vertrieb unter allen Umständen die Absatzgebiete des anderen zu erobern. Die Preise wurden weit heruntergedrückt, speziell der Stickstoffmarkt war Kampffeld jedes Auslands, denn der größte Anteil an der Stickstoffproduktion der Welt gehörte dem deutschen Reich.

Für den Kenner der Betriebsstoffe ist es ganz klar, daß jeder dieser Kämpfe um die Absatzgebiete nach einem Ablauf in einem Vertrag der kämpfenden Gruppen endete. Dieser Vertrag ist bereits im Juli des vergangenen Jahres mit Einfluß der Gliedern abgeschlossen worden. Die USA, die einen erheblichen Teil ihrer Absatzgebiete durch Preisunterbietungen erhalten konnten und deshalb auch den größeren Anteil der Absatzgebiete im Ausland zugebilligt bekommen.

„Empor zur Sonne“

Einen gelungenen Filmabend führte vor vollstehendem Festsaal in der Subidj-Jahnschule in Lützen am Abend die dortige Naturfreunde-Organisation im Rahmen des Kulturabends nach. Die Einleitung bot ein sehr gelichtes geistiges Spiel „Sollst Kraft und Freud“ der den abwechselnden Zuschauern in die Natur führte. Insbesondere ist die weitere Umgebung des Bismarcks, die hier dem Besucher in schönen Naturaufnahmen nahegebracht wird. Dann folgte der Hauptfilm der Veranstaltung, „Empor zur Sonne“, ein herrlicher Film von den Wintern des Südpols in der Antarktis, der die Natur der Alpen. Die Darstellungen wurden von einer sehr guten Musik unterstützt. So war die Veranstaltung wieder ein schöner Erfolg für die „Naturfreunde“, um so mehr als besonders viel junge Menschen ihr bewohnten.

Der Einbruch in die Belegschaft des Kenna-Werkes. Der wäre auch gekommen, wenn die allgemeine Wirtschaftskrise nicht in der heutigen Schärfe ausgebrochen wäre, denn die Landwirtschaft der

Interessant ist, daß als Spitzenanbiater der Stickstoffindustrie Herr Ingenieur G. O. präsentiert wird, ein Mann, der seine Wandlungsfähigkeit dadurch unter Beweis stellte, daß er sich vom „Bergratener“ Demontagen zum eben so „Bergratener“ Baui unternahm.

So sieht es natürlich in den gesamten Stickstofffabriken der Welt aus. Die Stickstoffherstellung der Welt können 4,6 Millionen Tonnen Stickstoff herstellen. Der Verbrauch in den Jahren 1930 und 1931 betrug aber nur im Jahre 1930 2,6 Millionen Tonnen.

Vollstündliche. Die Arbeitsgemeinschaft Dr. Werner.

Die Arbeitsgemeinschaft Dr. Werner, die sich am Montag, dem 20. Februar, wegen der Veränderung des Tages abend.

Der Studententrip.

Der Studententrip, Operette von Romberg als Fremdenvorstellung am 26. Februar im Stadttheater Halle. Witzige, tiefenreiche, lustige Komödie von Eugen Albert.

Demonstration in Ostfeld.

Am nächsten Sonntag ruft das Gewerkschaftsamt wiederum die Wahlen an, zu marschieren gegen die Wahlen, die die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Zur Nachahmung empfohlen.

Der kleine Ortsverein Merseburg. Ein Vortrag am 26. Februar, der die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Ostgemeinden.

Der Arbeitsbeschaffungsprogramm der Ostgemeinden, das die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Da staunt der Dale.

Da staunt der Dale, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Jedes gefundene Zeitungsbild weitergeben.

Jedes gefundene Zeitungsbild weitergeben, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Kreis Querfurt.

Kreis Querfurt, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Hallisches Stadttheater.

Hallisches Stadttheater, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Richard Wagner: Tristan und Isolde.

Richard Wagner: Tristan und Isolde, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Wochenplan des Stadttheaters.

Wochenplan des Stadttheaters, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.

Neue Filme im Halle.

Neue Filme im Halle, die Wahlen der Arbeiterklasse sind für die Gewerkschaften.



Nach dem Sturz der spanischen Diktatur

Arbeit von 17 Monaten — nicht von Vierjahresplänen

In Deutschland gibt es zur Zeit gewiß eine Menge sehr kluger Leute, die seit dem Übergang zum Nationalsozialismus die Demokratie als abgestorbene Pflanze betrachten. Die sozialistische Welt, die über Europa geht, vertritt manchen Kopf. Not und Verzweiflung machen für den Gläubigen an die Gewalt, auf dem dem Faschismus, der Volkswelt, der alte wie der neue Nationalismus ideologisch, die Gemüter empfänglich. Die Gewalt soll das Wunder der Brotvermehrung schaffen, die mitleidige, blutige, rote Gewalt soll Schöpfer der Zukunft sein. Es nimmst von Wollust. Die Diktatur soll das Tor zur Glückseligkeit sein.

Noch ist nicht ganz Europa dem Irrglauben an die Gewalt verfallen, ja es gibt sogar Länder, die sich von der Diktatur wieder losgerissen haben. In Spanien war der Sozialismus und mit ihm also die gewalttätige Faschismus beherrscht war, hat das Volk unter Führung der Gewerkschaften den demokratischen Weg zur Befreiung der Arbeiter eingeschlagen. Erst nach der Diktatur setzte in Spanien mit dem Durchbruch des Einflusses der Arbeiterklasse der Aufstieg des Landes ein.

Die spanische Republik kann sich mit ihrer sozialen Arbeit, die sie seit dem Frühjahr 1931 geleistet hat, sehr wohl rühmen. Das spanische Arbeitsministerium hat neben einem Ueberblick über die sozialpolitischen Verordnungen und Gesetze veröffentlicht, der den Zeitraum vom April 1931 bis September 1932 umfaßt. Dieser Ueberblick ist ein Ruhmesblatt für die spanische Republik. Eine Fülle von Reformen wurde in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von siebzehn Monaten geschaffen, und siebzehn Monate ließ keine vier Jahre. Aber an der Spitze des spanischen Arbeitsministeriums steht ein Bargo Caballero, ein Mann der Gewerkschaften, und ihn unterstützt nicht ein schwachköpfiger Zeitungsmagist als Wirtschaftsminister, sondern der tat-

kräftige Prieto, Minister der öffentlichen Arbeiten, ebenfalls ein Vertrauensmann der Arbeiter, der das gigantische Programm zur Bewässerung der trostlichen Hochlande ausgeführt hat, dessen Durchführung bereits in Angriff genommen ist.

Schließlich darf man auch nicht übersehen, daß die spanische Republik zur Rettung der landarmen Bauern und zur Unterbrechung des arbeitlosen Landproletariats natürlich nicht die Grundbesitzer gemäht, sondern eingezogen hat.

Wenn die spanischen Sozialisten und Republikaner in der sozialpolitischen Leistung offenbar bei uns in die Jahre gegangen sind, so können wir umgekehrt von ihnen lernen, wie man einer seit Jahrhunderten bevorrechteten Klasse von parasitären Großgrundbesitzern zusetzt und wie man sich damit zugleich ein mit der Republik auf Gedeih und Verderb verbundenes Bauerntum schafft. Die spanische Republik hat die Arbeitslosigkeit eingedämmt und zurückgebrochen, mit der die Diktatur nicht fertig werden konnte. Allerdings sind die wichtigsten Ministerien der Finanzen, der Wirtschaft und Sozialpolitik in Händen von wackeligen Marginalen.

Da die spanische Sozialgesetzgebung bei dem Sturz der Diktatur noch völlig unentwickelt war, zum guten Teil nur auf dem Papier stand, mußte nicht allein gründliche Arbeit geleistet, sondern Zusätze von vorn angefangen werden. Die Arbeit war um so schwerer, als die spanischen Gewerkschaften nach dem Sturz der Diktatur noch schwach und zwei Drittel der spanischen Bevölkerung Analphabeten waren. Dann gibt es auch in Spanien einen tollwütigen Nationalismus, und Sozialisten wie Volkswirtschaftler bemühen sich nach Kräften, der Republik das Leben schwer zu machen.

Um so mehr Bewunderung verdient die Arbeit, deren Ergebnis das spanische Arbeitsministerium in allen beschriebenen Hinsichten vorliegt.

Schon der Aufbau des Arbeitsministeriums verrät den erfahrenen Gewerkschaftler. Das Arbeitsministerium ist in Spanien nicht eine Zentralbehörde, die die Ausführung der Gesetze anderen Behörden überträgt, sondern in allen Provinzen müssen die Delegierten des Ministeriums selbst für die Durchführung der Gesetze und Anordnungen sorgen. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels auch nur die wichtigsten Gesetze und Verordnungen aufzuführen. Die erste Verordnung datiert vom 22. April 1931. Sie erhebt den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Dann folgt eine Verordnung zum Schutz des Landproletariats gegen Lohnraub durch Heranziehung ortsfremder Arbeiter. Die folgenden zwei Verordnungen ratifizieren das Arbeitsvertragsabkommen von Washington und das Abkommen von Genf, das die arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen auf die Landwirtschaft ausdehnt. Dann folgt eine Verordnung, die den Arbeitsaufsichtsbehörden die richterliche Befugnis gibt, bei Nichtbefolgung gesetzlicher Bestimmungen Strafen zu verhängen — Strafen, die bis zur Schließung des Unternehmens gehen können. Erwähnenswert sind auch die Bestimmungen von Arbeitsgerichten übertragen sind und daß die gesamte Sozialgesetzgebung von den Berufsverbänden getragen wird.

Eine gigantische Arbeit ist geleistet worden inmitten außerordentlicher Schwierigkeiten, trotz konterrevolutionärer Putschs, die mit fanatischen Subkulturschleichen, kommunistischen Revolven und Generalstreikexperimenten in Verbindung standen. Eine gigantische Arbeit ist geleistet worden von Sozialisten — nach der Niederwerfung der faschistischen Diktatur.

Wer ist national?

Stuttgarter Zentrumsblatt gegen Hitler-Rede / Helffer Goebbels

Das Landesorgan des württembergischen Zentrums antwortet auf die Stuttgarter Hitler-Rede in seiner Donnerstag-Ausgabe mit folgenden Fragen:

Hat Herr Hitler vergessen, daß sein Parteifreund Göring am 30. August im Reichstag erklärte: „Zum ersten Male besitzt der Reichstag wieder eine nationale Mehrheit (für mich) Beifall bei den Nationalsozialisten, die ihn befähigen muß, das deutsche Volk aus brüderlicher Kameradschaft herauszuführen. Die Aufgabe eines nationalen Präsidiums besteht nicht bei der Hoffnung, daß ich mein Amt als Präsident dieses Reichstages ausüben kann, daß die Ehre des Volkes, die Ehre der Nation und die Freiheit des Vaterlandes die obersten Leitsterne meines Handelns sein können“ (erneuter für mich) Beifall bei den Nationalsozialisten.

Wohin Herr Hitler nicht, daß Herr Göring mit dieser Erklärung dem Zentrum aus ausdrücklich den nationalen Charakter bekräftigt?

Hat Herr Hitler vergessen, daß er persönlich und seine Parteifreunde wochenlang mit dem Zentrum verhandelt, und daß sie bereit waren, mit diesem Zentrum, das er heute so beschimpft, eine Regierung zu bilden?

Wohin Herr Hitler nicht mehr, daß für das Zentrum bei diesen Verhandlungen die erste Voraussetzung die war, daß ein nationaler zuverlässiger Zweifelsfrei werden berufen wurde? Nun kommt Herr Hitler und erklärt mit Donnerstimme: Niemand als werden wir mit dem Marxismus patieren.

Hier, Herr Hitler, Sie selbst haben wochenlang mit einer Partei verhandelt, die Sie heute genau so verurteilen und heruntersinken wie die Parteien des Marxismus. Wo ist denn da Ihre Konsequenz?

Haben Sie, Herr Hitler, vergessen, daß Ihre Partei in den Verhandlungen mit dem Zentrum erklärte, auch die Zentrumspartei vertritt wertvolle Kräfte des deutschen Volkes? Daß Ihre Partei eingesehen hätte, das Zentrum ist unbedingbar?

Eine weitere Frage: Sie haben, Herr Hitler, das Zentrum bei anhaltender Bundesgenossenschaft mit dem Marxismus angeklagt. Wollen Sie es nicht, daß das Zentrum seit 1924 in Württemberg mit der Reichsregierung, und daß hier die Linke keinen Einfluß auf die Regierung hat?

Anschließend warnt das Blatt Adolf Hitler, zu glauben, was seine Presse großsprecherisch verkündet: „Württemberg gehört den Volkstänzlern.“ Wie haben sich im April zum Landtag gemeldet, und da erzielten Ihre Parteigenossen von 80 Kandidaten nur 23. Selber hat sich in der politischen Welt Württemberg nicht viel ereignet, was die Annahme rechtfertigen würde, Württemberg in einer Ganzheit bei Ihnen jagten.

Eine besondere Bemerkung widmet das Blatt dem Herrn Dr. Goebbels, der auch in dieser Verurteilung als Concocter der Rede Hitlers seinen Schmutz voranschickte.

Das Blatt schreibt, wenn Goebbels nicht mandatierte Worte gebraucht hätte wie „Intermenschen“, „Novembermord“, „Novemberfest“, dann hätte man annehmen können, ein Mensch, der sich so sehr für die Sache des Mannes interessiert, der seine Idee vertritt, man werde erfahren, was der Nationalsozialismus zu tun gedachte, welche Maßnahmen er ergreifen werde, wie er einen grundlegenden Wandel in Politik und Wirtschaft herbeiführen und ähnliche Verordnungen mehr.

Helffer Goebbels sah auch zwei Millionen Menschen in Württemberg und Baden, die die Rundfunkapparate vernehmen. Hoffentlich sah er auch die Mienen so vieler, die mit den Gebärden des Widerwillens die Rede Hitlers verfolgten und warteten, ob nach so viel Polemik und Klänge auch einmal eine positive Klärung kommen werde — aber vergeblich.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörsen vom 17. Februar Neue Stützungsmaßnahmen

	18. Februar	17. Februar
Weizen	184-186	186-188
Roggen	154-156	155-157
Gerste	165-167	165-167
Hafer	156-158	156-158
Malz	118-120	118-120
Getreidemehl	22,7-23,15	23,00-23,20
Roggenmehl	20,00-22,00	20,25-22,25
Getreide	8,00-8,20	8,20-8,40
Roggenkleie	8,00-8,20	8,00-8,20

Berliner Viehmarkt

Notierungen	Schlachtvieh	über 800 Pfund	— (40)
240-300 Pfund	42-48	38-40	38-40
150-200 Pfund	32-38	28-30	28-30
100-150 Pfund	22-28	18-20	18-20
50-100 Pfund	12-18	8-10	8-10
25-50 Pfund	6-8	4-6	4-6
10-25 Pfund	3-4	2-3	2-3
5-10 Pfund	1-2	1-1,5	1-1,5
2-5 Pfund	0,5-1	0,5-1	0,5-1
1-2 Pfund	0,2-0,5	0,2-0,5	0,2-0,5

Notierungen. Schlachtvieh: a) über 800 Pfund — (40), b) 240-300 Pfund — (38-40), c) 150-200 Pfund — (32-38), d) 100-150 Pfund — (22-28), e) 50-100 Pfund — (12-18), f) 25-50 Pfund — (6-8), g) 10-25 Pfund — (3-4), h) 5-10 Pfund — (1-2), i) 2-5 Pfund — (0,5-1), j) 1-2 Pfund — (0,2-0,5).

Roste wehrt sich

Gegen nationalsozialistische Verleumdung

In der nationalsozialistischen Presse wird behauptet, daß sich die bis zur Erreichung der Altersgrenze verurlaubte Oberpräsident Roste bei Herrn Göring als Reichstagsmitglied im preußischen Innenministerium de- und unwürdig um seine Pensionierung bemüht habe. Er soll bei dieser Gelegenheit eine ganze Reihe persönlicher Winke vorgetragen haben. Oberpräsident Roste teilt uns dazu mit:

„Die betreffende Notiz ist der Auslassung schamhaftester Gemeinheit. Es ist unter meiner Würde, mich auch nur mit einem Wort weiter dagegen zu wehren.“

Webrigens genießt Roste als Oberpräsident wie alle aktiven Minister, Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ebenfalls den Schutz der Rotverordnung vom 7. Februar. Nur haben wir davon, daß Herr Göring ihn diesen Schutz gegen Verleumdungen in der nationalsozialistischen Presse ganz werden ließe, bisher nichts gehört.

Razi-Kriegserklärungen

Partei standpunkt je nach Konjunktur

Wie Hitler noch nicht in die hohe Amtlichkeit gelitten war, verlor er in Bezug auf die Ersetzungswahl des Reiches gegenüber den Vätern die gleiche Zufassung, die heute von den roten und schwarzen „Marginalen“ vertreten wird. Am 23. April 1932 ließ sich Hitler in seinem Selbstbild, dem „Wölligen Beobachter“, wie folgt aus:

„Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei möchte in aller Deutlichkeit mit betonter Entschiedenheit erklären, daß sie jeden Versuch, die Mitgliedschaft des Deutschen Reiches im Wege des Reichstagswahlrechts um ihre eigenen staatlichen Rechte zu bringen, als offene Kriegserklärung an die Nation betrachten würde.“

Dazu macht die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz folgende treffende Feststellung: „Das, was die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei im April 1932 als Kriegserklärung an die deutsche Nation bezeichnet hat, bleibt auch unter einer nationalsozialistischen Regierung eine Kriegserklärung an die Interessen des deutschen Volkes. Eine Partei, die in diesen entscheidenden Fragen der deutschen Nation ihren Standpunkt je nach der Konjunktur ihrer Parteiinteressen wie ein Hindernis zu wechseln in der Lage ist, hat keinen Anspruch auf die Führung der Nation.“

Wahlrecht in Stadt und Land

Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, allen Stadtverordneten das Wahlrecht zu sichern. Diese Bemühungen sind gescheitert.

Die Ausübung des kommunalpolitischen Wahlrechts ist nach dem Gesetz an eine schonmalige Wählerqualifikation des Wahlberechtigten in der Ge-

meinde gebunden. Viele Stadtverordnete verlieren, soweit die Erhebungen außerhalb des kommunalpolitischen Bereichs der alten Wohngebiete geschehen, ihr Wahlrecht, da sie in der neuen Gemeinde noch nicht lange genug anständig sind, um dort wählen zu können. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags ist deshalb im Ministerium des Innern vorzeitig geworden, um den Randbüchern unter allen Umständen das Wahlrecht zu sichern. Sie ging dabei davon aus, daß die Durchführung der Randbüchern auf Betreiben der Behörden erfolgte. Der starke wirtschaftliche Druck auf den Arbeitlosen und die Ausweisung, durch Lebensnahme einer Randbüchern wichtigsten etwas freier zu werden, darf nach Ansicht der Sozialdemokratie niemals den Verlust des Wahlrechts zu den Gemeindepunkten im Gefolge haben. Der Vorstoß der Sozialdemokratie ging dahin, mit Hilfe des Ständigen Ausschusses des Landtags eine Veränderung des Wahlgesetzes vorzunehmen, die den Randbüchern das Wahlrecht sichert.

Auf diese Bemühungen wurde aus dem Ministerium des Innern mitgeteilt, „daß man nicht die Absicht habe, eine entsprechende Vorlage auf Veränderung des Wahlgesetzes zu machen“. Eine andere Möglichkeit, den Randbüchern die Ausübung des Wahlrechts zu sichern, gibt es nicht. Das ist auch der kommunalpolitischen preussischen Regierung bekannt. Es ist deshalb die Frage am Platz, ob sie die Randbüchern etwa benutzt von der Ausübung des Wahlrechts ausschließen will.

Eine Patentmedizin

Die Anbelegung der Presse genügt den Nationalsozialisten noch nicht. Am „Reichsblatt“ des Grafen Reventlow wird die folgende Patentmedizin empfohlen: „Man sollte auch erwidern, an Stelle des Verbots einer verlässlichen Sitzzeitung diese auf ein halbes Jahr

Der Bod als Gärtner

Als Vorpiel zum Prozeß gegen die Berliner Autogehrer Erban und Genossen hat in der Reichshauptstadt eine Gerichtsverhandlung begonnen gegen den 53jährigen Kriminalinspektanten Paul Lange und dessen Ehefrau. Inwiefern die Frau des immer noch künftigen Autogehrers Erban, Erban und seine Komplizen haben die Verhaftung der geliebten Berliner Autodiebstahl veranlaßt, handelt es sich um gestohlenen Wagen verschoben und jenseit in Holland verkauft.

Die Anklage gegen Frau Erban lautet auf Verhinderung von beschlagnahmten Vermögenswerten. Der seit 1907 im Polizeidienst tätige Lange und seine Frau sollen der Beihilfe schuldig sein. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß Lange einer der Polizeiauftraggeber war, die Erban und seine Diebes- und Hehlerbande verfolgen sollte. Lange war jedoch mit dem Raubausbehalter Erban und dessen Frau eng befreundet. Lange mußte sogar den Aufenthalt des fortwährend verurteilten Hauptes der Bande, Wehrhahn, vor er es, der Erban von jedem Schritt der Polizei benachrichtigte. Es dauerte lange, bis der Polizei ein Licht aufging, daß sie mit Lange den Bod zum Gärtner gemacht und ihn entlarvt hatte. Lange hat eingestanden, von dem Autogehrer Erban geschmeichelt und auch 3000 R. für Erban aufbewahrt zu haben.

Feinde von gestern!



Answort
Verlagsgesellschaft
Verlagsgesellschaft

Einmaliger Sonderdruck

Gegen den Hugenberg-Kapitalismus Gegen Standesdünkel und Klassenhaß

Heute sitzen sie in einer Regierung!
Gestern noch „Gegen den Hugenberg-Kapitalismus“ —
Heute mit ihm schon koalitiert!
Das ist das System der NSDAP!

Ich wähle Sozialdemokraten! Liste 2!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



